

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

NABU Landesverband Berlin e.V.
Alexandra Rigos
Wollankstr. 4
13187 Berlin

**Bündnis 90/Die Grünen
Landesverband Berlin**

Susanne Mertens und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 - 30
Landesvorsitzende@gruene-berlin.de

Wahlprüfsteine NABU – Grüne Antworten

Berlin, 13. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Rigos,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Mertens und Philmon Ghirmai

Grüne Antworten: NABU Wahlprüfsteine

1) Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei die Klimaneutralität bis 2050 erreichen?

Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz! Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, müssen wir auf den 1,5-Grad Pfad kommen. Wir werden überall dort, wo das Land die Befugnis hat, weitere Maßnahmen anstoßen, die uns zu Klimaneutralität bis spätestens 2035 führen können. Dazu brauchen wir eine große Bandbreite an Maßnahmen, wie etwa wirksame Maßnahmen im Verkehr: eine echte Verkehrswende mit noch besserem ÖPNV und einer Zero Emission Zone in Berlin. Aber auch an den Strom- und Gebäudesektor müssen wir ran. Mit dem Solargesetz gilt ab diesem Jahr eine Solarpflicht für alle Neubauten. So werden wir einen noch größeren Anteil des Stroms durch Erneuerbare Energieerzeugung in der Stadt decken können. Diesen Prozess wollen wir noch schneller umsetzen, um schon im Jahr 2035 den Berliner Stromverbrauch zu mindestens 35 Prozent durch Solarstrom aus Berlin zu decken.

Etwa die Hälfte der Berliner Emissionen entstehen im Gebäudebereich. Wir halten am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Wir müssen zusätzlich den Energieverbrauch durch eine Ausweitung der energetischen Gebäudesanierung senken. Gerade Gebäude mit schlechten Energieeffizienzklassen müssen zuerst angegangen werden. Dabei fordern wir eine gerechte Kostenverteilung zwischen Vermietenden, Mieter*innen und Staat – einkommensschwache Mieter*innen müssen besonders geschützt werden. Das bedeutet auch eine Mischung aus mehr Ordnungsrecht und staatlicher Förderung. Zudem sollen bis spätestens 2030 alle Berliner Kohlekraftwerke vom Netz sein. Eine gesamtstädtische Wärmeplanung basierend auf einem Wärmekataster ist derzeit in der Umsetzung und wird bei der Planung einer nachhaltigen Wärmeversorgung helfen.

All diese Maßnahmen müssen mit einer schlagkräftigen Klima-Governance unterlegt sein. Gesetze und Maßnahmen müssen unter einem echten Klimavorbehalt stehen. Es braucht klare Strukturen, um die Emissionsminderungen zu erreichen. Wir wollen ein Klima-Budget, ähnlich wie in Oslo, das klare Minderungen vorgibt. Daneben müssen die Bezirke über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, um Klimaschutz zu ermöglichen.

2) Sind Sie bereit, im Sinne der Verkehrswende bereits versiegelte Verkehrsflächen vom Autoverkehr hin zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr umzuverteilen?

Ja. Wir streben mehr Flächengerechtigkeit in zweierlei Richtung an. Erstens wollen wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm aufsetzen, um bis 2030 die Nettonull bei der Flächenversiegelung zu erreichen. Zweitens wollen wir den mit dem Mobilitätsgesetz

eingeschlagenen Weg hin zu mehr Flächengerechtigkeit auf der Straße fortführen und intensivieren.

Zu erstens: Die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt führt dazu, dass kein Wasser versickern kann – es entstehen Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Grundlage für einen besseren Regenrückhalt sind offene, unversiegelte Böden. Wir werden gezielt Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt zu befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Wir wollen vor allem dort entsiegeln, wo Grün- und Freiflächen fehlen, um die Umweltgerechtigkeit zu steigern. Dafür wurde im Haushalt folgendes festgelegt: 30 Millionen Euro fließen zusätzlich in das neue Programm „Grüne Stadt“ für starke Bezirke. Das Geld kann z.B. für Entsigelung und Stadtmöbel genutzt werden. Neben Parkplätzen sollen auch Plätze mit geringer Aufenthaltsqualität oder Schulhöfe ins Auge gefasst und umgestaltet und entsiegelt werden. Das Entsigelungskataster, in dem derzeit 255 Flächen aufgelistet sind, die entsiegelt werden können, dient als Grundlage für das Entsigelungsprogramm. So sollen vergleichbar mit dem Grünstreifen auf der Karl-Marx-Allee in der aktuellen Legislaturperiode 20 Klimastraßen und „Kühle Meilen“ entstehen, also begrünte, teilweise entsiegelte Straßenabschnitte mit Wasserelementen und guter Aufenthaltsqualität für Jung und Alt. Bis 2030 soll in Berlin nicht mehr Boden versiegelt werden, als er entsiegelt wird. So wollen wir Berlin resilient für die heißeren Sommer und Starkregen machen.

Zum zweiten ist es auch unser erklärtes Ziel, bereits versiegelte Verkehrsflächen vom Autoverkehr hin zum Umweltverbund umzuverteilen, um die Verkehrswende zu beschleunigen. In Umsetzung des Wahlprogramms haben wir den Rechtsrahmen gesetzt, um den öffentlichen Raum so zu verteilen, dass es dem (Mobilitäts-)Bedarf der Berliner*innen gerechter berücksichtigt. Unser Ziel ist es, dass die Kombination aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr unter Ergänzung intelligenter Sharing-Systeme den motorisierten Individualverkehr weitgehend überflüssig machen. Maßnahmen und Tempo wurden durch die Planwerke der grün geführten Verkehrsverwaltung verbindlich festgeschrieben. Der Nahverkehrsplan terminiert Ausbaumaßnahmen und Angebotsverbesserungen beim ÖPNV. Der Radverkehrsplan sieht die Errichtung eines Radverkehrsnetzes von knapp 2400 km Länge vor, das aktuell durch Umwidmung von Nebenstraßen in Fahrradstraßen sowie sichere Radstreifen auf bestehenden Autofahrbahnen entsteht. Der Fußverkehrsplan für sichere Fortbewegung zu Fuß und mehr Aufenthaltsqualität wird aktuell in der grün geführten Verkehrsverwaltung erarbeitet und wird dem Fußverkehr mehr Platz geben, z.B. durch mehr sichere und bequeme Querungen an allen Straßen, weitere Tempo-30-Straßen, Schulstraßen an Schulen, sowie mehr Bänke im öffentlichen Raum.

Autos werden einen zunehmend größeren Anteil der Kosten tragen, die sie im öffentlichen Raum verursachen. So steigen 2023 die Gebühren für Kurzzeit- und Anwohnerparken. Für E-Scooter und Räder der Sharingflotten weisen wir sukzessive Abstellflächen auf Parkplätzen aus, so dass die Gehwege wieder frei für Fußgänger*innen sind und der Druck auf die Baumscheiben abnimmt. Wohngebiete, in

denen heute abgestellte Autos dominieren, werden bereits heute in einigen grün verwalteten Bezirken als Kiezblocks verkehrsberuhigt, sodass grüne Oasen auf ehemaligen Parkplatzflächen entstehen. So sollen in der ganzen Stadt autofreie Inseln entstehen, die wir nach und nach ausweiten. So wollen wir die Zahl der Autostellplätze in den nächsten zehn Jahren halbieren und die Flächen durch Stadtgrün sinnvoller nutzen.

3) Wie stehen sie zum Bau der „Tangentialverbindung Ost“ (TVO) und zum Weiterbau der A100?

Den Weiterbau der A 100 lehnen wir ab. Der 16. Bauabschnitt der A 100 ist bereits im Bau. Das heißt, dass wir den 16. Bauabschnitt qualifiziert abschließen wollen und diesen stadtverträglich gestalten. Der Abschluss darf nicht zu einem Dauerstau an der Anschlussstelle am Treptower Park und der Sonnenallee führen. Auch hier hat der Umweltverbund laut Mobilitätsgesetz Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr. Auf Bundesebene wollen wir einen Stopp der Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans im Land Berlin erreichen und eine Abkehr vom Autobahnbau in Deutschland. Die für den 17. BA der A 100 vorgesehenen Flächen sollen dem sozialen Wohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen sowie der kulturellen Nutzung dienen. Dafür wollen wir eine Änderung des entsprechenden Flächennutzungsplans für Berlin vornehmen und uns gegenüber der Bundesregierung für die Löschung des 17. Bauabschnitts im Bundesverkehrswegeplan und den Straßenausbaugesetzen einsetzen. Wo immer möglich, werden wir uns zudem für den Rückbau der autogerechten Stadt einsetzen, wie beispielsweise beim Rückbau der ehemaligen A104 am Breitenbachplatz und der Schlangenbaderstrasse.

Die TVO wird in Verbindung mit der B158 im Norden zu weiterem Durchgangsverkehr durch Berlin führen. Sie wird aber auch zu einer gewissen Entlastung der parallel verlaufenden Köpenicker Straße führen und wird daher, auch auf Drängen der Koalitionspartner, weiter geplant. Parallel zu dieser Planung, sind die Planungen für eine Bahntrasse angelaufen, der so genannten Nahverkehrstangente. Mit der Nahverkehrstangente wird die fehlende ÖPNV-Tangentialverbindung vom Norden über Grünau bis zum BER auf der Schiene hergestellt. Bis zu deren Fertigstellung wollen wir als Vorläufer eine Busverbindung über die TVO einrichten. Entlang der TVO wird ebenfalls eine Radschnellverbindung realisiert. Als einen Teil des Ausgleichs sehen wir die Entwidmung und Entsiegelung der jetzigen Rudolf-Rühl-Allee in der Wuhlheide.

4) Was wird Ihre Partei tun, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 in Berlin zu erreichen?

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie muss schneller vorangehen. Dafür braucht es aber mehr Personal in der Verwaltung und finanzielle Ressourcen. Wir kämpfen für die Bereitstellung der nötigen Mittel, um einen guten ökologischen Zustand der Berliner Gewässer zu erreichen. Wir bringen die Einführung eines Wasserentnahmeentgelts auf den Weg. Das sollte beispielsweise bei der Entnahme von Flusswasser zur Kühlung von fossilen Kraftwerken gezahlt werden. Wir werden die Renaturierung der Wuhle als zentrales Vorhaben vorantreiben. Mit dem von SenUMVK ins Leben gerufenen Programm „Blaue Perle“ werden wir weitere Berliner Gewässer renaturieren. In ganz Berlin sollen so viele Gewässer wie möglich der Naherholung dienen. Insgesamt steigt mit fortschreitendem Klimawandel aber der Nutzungsdruck auf unsere Berliner Gewässer. Die dadurch entstehenden Zielkonflikte müssen wir in Zukunft noch besser angehen. Dabei wird uns auch der Masterplan Wasser helfen, den die Umweltsenatsverwaltung aktuell ausarbeitet. Gerade in der Abwägung der Zielkonflikte sind die Beteiligung und der Druck der Umweltverbände von großem Wert für uns!

5) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die durch die Trinkwasserförderung bereits stark geschädigten Moore Berlins zu retten?

Moore sind ein wichtiger CO₂-Speicher und gleichzeitig ein Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen. Mit fortschreitendem Klimawandel geraten sowohl unsere Trinkwasserversorgung als auch unsere Moore immer weiter unter Druck und wir sind in einem echten Zielkonflikt. Zum Teil werden schon jetzt Moore im Zuge der Grundwasseranreicherung geschützt. Zukünftig müssen wir noch mehr in unsere Kläranlagen investieren, um auch gereinigtes Wasser wieder in Gewässer und Grundwasser einleiten zu können. Unsere Berliner Moore müssen in den nächsten Jahren auch weiterhin eine große Rolle als Emissionssenken spielen. Wir wollen deshalb ein ambitioniertes Moorschutzprogramm aufsetzen, um unsere Moore zu renaturieren und in ihren Erhalt zu investieren. Klar ist: durch den Klimawandel wird die Pflege unserer Moore eine immer größere Aufgabe! Wir wollen weitere Projekte zur Wiedervernässung angehen und den Waldumbau in den Berliner Forsten hin zu mehr Mischwald vorantreiben. Daneben werden wir die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung ausweiten und den Umbau der Mischkanalisation unterstützen, um Berlin zu einer echten Schwammstadt zu machen. Aktuell testen die Berliner Wasserbetriebe (BWB) die künstliche Moorbewässerung im Grunewald. Zudem wird bei einem Pilotprojekt in der Hönower Weiherkette ein Pfuhl mit Regenwasser wiedervernässt. Wir wollen die Ergebnisse der Pilotprojekte abwarten und im Erfolgsfall den Moorwasserhaushalt an weiteren Standorten stabilisieren.

6) Welche Mittel wollen Sie bereitstellen, um mehr Stellen in Naturschutzbehörden und Grünflächenämtern zu schaffen?

Wir Grünen sind angetreten, Berlin nachhaltig zu verändern. Beim Thema Stadtgrün und Naturschutz haben wir viele ambitionierte Vorhaben im aktuellen und dem vorherigen Koalitionsvertrag verankert und in den letzten Jahren umgesetzt oder angestoßen. Wir haben in der 18. Wahlperiode ein sogenanntes grünes Finanzpaket in Höhe von 60 Mio. Euro geschnürt, mit dem wir die Bezirke bei der Baumpflege und Grünflächensanierung und -pflege auch personell unterstützen. Auch in der laufenden Legislaturperiode haben wir bei den Haushaltsberatungen eine Vielzahl von Personalstellen sowohl bei der sog. Haupt- als auch bei den Bezirksverwaltungen geschaffen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Naturschutzbehörden und Grünflächenämter personell und finanziell besser ausgestattet werden.

7) Wie beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass das vom Senat herausgegebene "Handbuch Gute Pflege" bei der Grünflächenpflege in den Bezirken, bei öffentlichen Institutionen sowie städtischen Wohnungsgesellschaften verbindlich befolgt wird?

Wir haben in vergangenen Haushaltsberatungen durchgesetzt, dass den Bezirken weitere Haushaltsmittel für die Umsetzung des „Handbuch Gute Pflege“ zur Verfügung gestellt werden. Das Handbuch wird im Moment überarbeitet, ein Handbuch 2.0 wird zeitnah vorliegen. Wir wollen vermehrt auf verbindliche Zielvereinbarungen mit den Bezirken setzen, um die Grünpflege qualitativ zu verbessern. Wir streben zudem an, dass es eine Weiterbildung geben wird zur Zertifizierung von BioDiv+KlimaGärtner*innen. Diese Zertifizierung soll perspektivisch als Ausschreibungskriterium bei der Vergabe von bezirklichen Aufträgen zur Grünflächenpflege dienen.

8) Halten Sie ein Verbot von Schottergärten für ein geeignetes Instrument, um ökologisch wertvollere Gärten zu fördern?

Ja.

9) Beabsichtigen Sie, Maßnahmen gegen Vogelschlag an Glas sowie zur Schaffung künstlicher Lebensstätten für Vögel- und Fledermäuse bei Neu- und Bestandsbauten in der Bauordnung zu verankern?

Bauen so zu organisieren, dass es mit der Natur gemacht wird, erfordert nach wie vor viel Bildungs- und Überzeugungsarbeit bei Genehmigungsbehörden, Architekt*innen und Bauherr*innen. Mit gesetzlichen Regelungen allein wird sich das Problem nicht lösen lassen, aber wir werden weiter daran arbeiten, Naturschutzbelange auch in der Bauordnung zu verankern.

Historisch befassen sich Landesbauordnungen mit Gebäudesicherheit, insbesondere Statik, Brandschutz und Haustechnik. Wir haben in Berlin mit dem neuen § 8a "Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Grundstücksbegrünung, tierfreundliches Bauen" einen Anfang dafür gemacht, dass die Tier- und Pflanzenwelt selbstverständlich dazu gehört. Ebenso ist die Anwendung des Animal-Aided Design zu stärken.

Das Thema Vogelschlag an Glas ist eine besonders schwierige Debatte. Wir wollen erreichen, dass mit der Novellierung der Bauordnung geregelt ist, dass Gebäude so errichtet werden müssen, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Vögel durch Kollisionen mit der baulichen Anlage (Vogelschlag) zumindest nicht deutlich erhöht wird. Wir wollen durchsetzen, dass die Schaffung von Lebensstätten für Vögel und Fledermäuse bei Bauvorhaben verbindlich vorgeschrieben wird. Für den Neubau soll deshalb die Anzahl der mitzubauenden Nist- und Schlafmöglichkeiten in die Bauordnung aufgenommen werden.

10) Setzen Sie sich dafür ein, die ökologische Baubegleitung bei allen Bauvorhaben verpflichtend zu machen?

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Planung und Umsetzung von naturfreundlichen Maßnahmen durch eine entsprechende Baubegleitung unterstützt wird. Der Idealzustand wäre, dass alle Architekt*innen, Bauingenieur*innen, Landschaftsplaner*innen die Fragen des Natur-, Arten- und Tierschutzes als ihre eigene Sache im Planungs- und Bauprozess erkennen, annehmen und sich entsprechend weiterbilden. Sollte das nicht gelingen, muss zusätzliche Fachkompetenz hinzugezogen werden.

11) Wird sich Ihre Partei für die Förderung kombinierter Solar-Gründächer einsetzen, die sowohl dem (Stadt-)Klima als auch der Artenvielfalt nutzen?

Im aktuellen Entwurf der Bauordnungsnovelle wird die Pflicht zur Begrünung der Grundstücke neu geregelt und durch Dachbegrünung ergänzt. Wir streben die Begrünung von Dächern als Regelfall an. Solaranlagen auf geeigneten Dächern sind aufgrund des Solargesetzes ab 2023 Pflicht. Die gemischte Nutzung mit Solar und Begrünung streben wir dort an, wo sich die Möglichkeit bietet.

12) Inwieweit wollen Sie technische Möglichkeiten zur Verringerung der Lichtverschmutzung fördern?

Zum Schutz lichtempfindlicher Tiere soll die Außenbeleuchtung angepasst werden. Eine entsprechende Regelung zur Reduzierung der Beleuchtung (Beleuchtungsintensität, -abstrahlung und Blauanteile des Lichts) soll in die Bauordnung aufgenommen werden.

13) Was unternimmt Ihre Partei, um die über das Landschaftsprogramm (LaPro) ausgewiesenen Biotopverbundflächen rechtsverbindlich zu sichern?

Im Mai 2016 wurde das Berliner Landschafts- und Artenschutzprogramm (LaPro) beschlossen. Der Programmplan Biotop- und Artenschutz setzt sich intensiv mit dem Thema Biotopverbund (BV) für Berlin auseinander und stellt die Berliner Flächenkulisse für den Biotopverbund dar, die sich innerhalb des Berliner Freiraumsystems befindet. Als gesamtstädtische Zielvorgabe im Landschaftsprogramm ist der im Land Berlin geplante Biotopverbund erkennbar und kann Eingang in Planverfahren und Projekte finden. Ziel des BV als ein Kerninstrument des Biotop- und Artenschutzes ist es, die Flächen zu erhalten und zu vernetzen, die als Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten dienen.

Die rechtliche Vorgabe, den Biotopverbund in den Ländern zu sichern gibt es seit 2002 im Bundesnaturschutzgesetz und seit 2013 im Berliner Naturschutzgesetz. Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, mindestens 15% seiner Landesfläche für den Biotopverbund zu sichern. Das Konzept und die Planung für den Biotopverbund in Berlin sind im Landschaftsprogramm behördenverbindlich festgelegt. Falls im Ausnahmefall tatsächlich Grünflächen bebaut werden sollen, ist ein Bebauungsplan (Planverfahren mit entsprechenden Beteiligungsschritten und Abwägungen) notwendig. Wir haben in den vergangenen Haushaltsberatungen erreicht, dass die Finanzmittel für Personal in diesem Bereich deutlich erhöht wurden, dies wird helfen, um die über das LaPro ausgewiesenen Biotopverbundflächen rechtsverbindlich zu sichern.

Wir haben bereits einige neue Schutzgebiete ausgewiesen, eine Übersicht finden sie auf der Seite der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

14) Was wird Ihre Partei tun, um den Flächenverbrauch allgemein zu reduzieren?

Wir brauchen in Berlin mehr bezahlbare Wohnungen und das steht auf den ersten Blick im Gegensatz zu unserem Anspruch der Netto-Null-Versiegelung, den wir im jetzigen Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Unser Motto im Neubau und im Bestand ist deshalb „mehr hoch als breit“. Das heißt, dass wir uns für Aufstockungen der Bestandsgebäude und für Dachgeschoßausbau einsetzen, wo immer es geht. Im Neubau hängen wir nicht an der Berliner Traufhöhe, sondern wollen den Baugrund so gut es geht ausnutzen und höhere Wohngebäude realisieren, ohne dass Berlin eine Stadt der Hochhäuser werden soll. Wir setzen uns außerdem vehement für Dach- und Fassadenbegrünung ein, die zwar kein gleichwertiger Ausgleich für eine versiegelte

Fläche bietet, aber immerhin ebenfalls Raum für Stadtgrün und Regenwassermanagement ist.

15) Wie will Ihre Partei die Kooperation von Berlin und Brandenburg ausbauen, um städtebauliche Planungen so aufeinander abzustimmen, dass in Stadt und Umland genügend Freiflächen erhalten bleiben?

Wir Bündnisgrüne arbeiten daran, die bestehenden Strukturen der Zusammenarbeit mit Brandenburg auszubauen und institutionell zu festigen. Neben der gemeinsamen Landesplanung auf Verwaltungsebene arbeiten seit 2022 nun auch beide Landtage zusammen. Die parlamentarische Konferenz, die im Januar 2023 zum dritten Mal tagen wird, hat unter anderem den Wohnungsmarkt und die Verkehrsplanung auf ihrem Arbeitsplan.

Wir möchten weitere Zersiedlung verhindern und die Menschen davon überzeugen, dass "mehr hoch als breit" zu bauen besser ist.

Zum Thema Bauen planen wir gemeinsam mit Brandenburg eine Internationale Bauausstellung (IBA), um für die großen Themen Urbanisierung, Mobilitäts- und Bauwende gute und dann auch praktisch umgesetzte Konzepte zu haben, die sozial, ökologisch und bezahlbar zugleich sind.

Gemeinsam mit Brandenburg wollen wir, in Abstimmung mit den Forstverwaltungen, ein Holzbau-Cluster aufbauen, um den Einsatz von Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau zu reduzieren. Das Schumacherquartier in Tegel soll mit 5.000 Wohnungen ein Holzbau-Modellquartier werden.

16) Wie stehen Sie zur Randbebauung des Tempelhofer Felds?

Wir stehen für den Erhalt des Tempelhofer Feldes in seiner jetzigen Form als einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins und lehnen eine Randbebauung ab. Dadurch würde der Nutzen der Fläche für Menschen und Natur überproportional geschmälert. Es gibt im Moment im StEP Wohnen das Potential von fast 200.000 Wohnungen, die wir realisieren können. Deshalb können wir trotz unseres Anspruchs vor allem innerhalb der Stadt zu bauen (s. Frage 14), besonders wertvolle Freiflächen innerhalb der Stadt zusätzlich schützen.

17) Wie stehen Sie zu dem Plan, den Bau eines Möbelmarkts am „Pankower Tor“ als öffentliches Interesse zu deklarieren, obwohl dieser ein national bedeutsames Vorkommen der streng geschützten Kreuzkröte bedroht?

Der Bau eines Möbelmarktes liegt nicht im öffentlichen Interesse. Deshalb haben wir uns schon seit Jahren sehr kritisch zu diesem Projekt geäußert. Allerdings liegt dieses große Grundstück sehr zentral und infrastrukturell sehr gut angebunden, so dass die Entwicklung an diesem Ort andere Bereiche in der äußeren Stadt schützen kann und sollte. Wenn das Gelände entwickelt wird, muss das ausgewogen passieren und die Interessen von Natur-, Umwelt- und Tierschutz dürfen nicht in den Hintergrund treten.